

Niederschrift

Sitzung des Kreistages

Sitzungstermin:	Donnerstag, 28.05.2020
Sitzungsbeginn	18:00 Uhr
Sitzungsende	20:05 Uhr
Ort, Raum:	Kreissporthalle

Anwesende:

Herr Claus Peter Dieck Kreispräsident
Frau Cordula Schultz 1. stv. Kreispräsidentin
Frau Prof. Dr. Ulrike Täck 2. stv. Kreispräsidentin
Frau Ute Algier
Herr Kurt Barkowsky 1. stellvertretender Landrat
Herr Arne-Michael Berg
Herr Sven-Hilmer Brauer
Frau Simone Brocks
Herr Jörg Buthmann
Herr Lars Giering
Frau Annette Glage
Frau Angelika Hahn-Fricke
Herr Torsten Kowitz
Herr Marek Krysiak
Herr Uwe Machnitzki
Herr Matthias Malassa
Herr Christian Mann
Herr Luzian Roth
Frau Monika Saggau
Herr Sönke Siebke
Herr Alexander Storjohann
Herr Martin Ahrens
Frau Silke Brandt
Frau Manuela Brendel
Frau Melanie Klein
Frau Ulla Lange
Frau Edda Lessing 2. stellvertretende Landrätin
Frau Rita Marcussen
Herr Holger Pohlmann

Herr Dr. Christopher Schmidt	ab 18:10 Uhr
Herr Alexander Wagner	
Frau Hella Dorando-Marsch	
Frau Annelie Eick	
Herr Arne Hansen	
Frau Caerstin Hunger	
Herr Dr. Eberhard Krauß	
Herr Rolf-Dieter Pahl	
Herr Raimund Schulz	bis 20:00 Uhr
Herr Dr. Gilbert Sieckmann-Joucken	
Frau Hannelore Huffmeyer	
Frau Rosemarie Jahn	
Frau Miriam Raad	
Herr Klaus-Peter Schroeder	
Herr Oliver Weber	
Herr Heiko Evermann	
Herr Julian Flak	
Herr Felix Frahm	
Herr Christian Waldheim	
Herr Sven Wendorf	
Frau Maren Berger	
Herr Michael Hamer	
Herr Toni Köppen	
Herr Norbert Dachsel	
Herr Holger Weihe	
Herr Rainer Schuchardt	
Herr Thomas Thedens	
Herr Landrat Schröder	
Herr Gerberding FBL Zentrale Steuerung	
Frau Lexau FDL Technisches Gebäudemanagement	
Frau Krüger Gremien, Kommunikation, Controlling	

Abwesende:

Herr Joachim Brunkhorst	-
Frau Doris Grote	-
Herr Christopher Liedelt	-
Herr Joannis Stasinopoulos	-
Frau Diane Brüggemann	-
Herr Jens Wersig	-

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Einführung eines neuen Kreistagsmitglieds
- 3 Umbesetzung von Ausschüssen/Gremien
- 4 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.03.2020
- 5 Unterkunft des Kreises Segeberg für anerkannte geflüchtete Menschen in Rohlstorf OT Warder - Verlängerung der Nutzung
Vorlage: DrS/2020/076
- 6 Gemeinschaftsunterkunft für geflüchtete Menschen des Kreises Segeberg in Schackendorf - Vertragsverlängerung und Übernahme der Betriebsleitung
Vorlage: DrS/2020/046
- 7 Auswirkungen der Corona-Krise auf die Erbringung und Finanzierung sozialer Angebote und Dienstleistungen
Vorlage: DrS/2020/093
- 8 Verlängerung und Optimierung der Leistungsvereinbarung zwischen dem Kreis Segeberg und der Kreisjägerschaft Segeberg im Landesverband Schleswig-Holstein e. V.
Vorlage: DrS/2019/326-2
- 9 Antrag der Fraktion AfD auf eine Coronakarte für den Kreis Segeberg
Vorlage: DrS/2020/091
- 10 Antrag der CDU-Fraktion zum Stoppen von Ausschreibungen sowie Planungs- und Bauaufträgen
Vorlage: DrS/2020/097
- 11 Antrag der AfD-Fraktion auf Änderung der Geschäftsordnung des Kreises um Abstimmungen im Rahmen einer Sammeldrucksache
Vorlage: DrS/2020/103
- 12 Antrag der AfD-Fraktion auf Live-Übertragung von Kreistagssitzungen
Vorlage: DrS/2020/102
- 13 Änderung der Hauptsatzung des Kreises Segeberg - hier: 9. Nachtragssatzung
Vorlage: DrS/2020/085
- 14 Aktuelle Fragezeit
- 15 Einwohnerfragestunde II

(nichtöffentlich)

16 Anmietung von Büroflächen
Ergänzung zur Vorlage DrS/2020/045
Vorlage: DrS/2020/045-1

16.1 Anmietung von Büroflächen
Vorlage: DrS/2020/045-2

(öffentlich)

17 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Protokoll:

Vor Eintritt in die Tagesordnung spricht der Kreispräsident dem BBZ, der Verwaltung sowie allen Beteiligten, den herzlichen Dank für die Vorbereitung der Sitzung in ungewohnter Umgebung aus und weist nochmals auf die im Vorfeld bereits bekanntgemachten Abstands- und Hygieneregeln hin.

Der Kreispräsident eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Kreistag ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Er schlägt vor, den TOP 6 (Gemeinschaftsunterkunft für geflüchtete Menschen des Kreises Segeberg in Schackendorf – Vertragsverlängerung und Übernahme der Betriebsleitung) zu streichen, da zwei Teilbereiche des Beschlusses zunächst im Fachausschuss beraten und beschlossen werden müssen.

Die Tagesordnung wird mit der Änderung einstimmig genehmigt.

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

zu 1 Einwohnerfragestunde I

Aus der Einwohnerschaft werden keine Fragen gestellt.

zu 2 Einführung eines neuen Kreistagsmitglieds

Der Kreispräsident verpflichtet Herrn Michael Hamer als neuen Abgeordneten per Handschlag und führt ihn in seine Tätigkeit ein.

zu 3 Umbesetzung von Ausschüssen/Gremien

Umbesetzungen Freie Wähler:

Ausschuss	Nachfolger	Vorgänger	Status
JHA	Sabine Vollmer-Lehmann	./.	stellv. Mitglied
BKS	Sabine Vollmer-Lehmann	./.	stellv. Mitglied
Sozialausschuss	Sabine Vollmer-Lehmann	./.	stellv. Mitglied
Kuratorium Frauenhaus Norderstedt	Sabine Vollmer-Lehmann	<i>Ina Müller</i>	Mitglied

Umbesetzungen Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ausschuss	Nachfolger	Vorgänger	Status
BKS	Dr. Christine Künzel	<i>Evelyn Krauss</i>	Mitglied
BKS	Raimund Schulz	<i>Dr. Eberhard Krauss</i>	Mitglied
BKS	Evelyn Krauss	<i>Dr. Christine Künzel</i>	stellv. Mitglied
BKS	Dr. Eberhard Krauss	<i>Raimund Schulz</i>	stellv. Mitglied
JHA	Wolfram Zetzsche		stellv. Mitglied

Umbesetzungen SPD Fraktion:

Ausschuss	Nachfolger	Vorgänger	Status
WRI	Torben Dwinger	<i>Willi Rickert</i>	Mitglied
UNK	Torben Dwinger	<i>Willi Rickert</i>	stellv. Mitglied

Umbesetzungen Fraktion WI-SE:

Ausschuss	Nachfolger	Vorgänger	Status
HA	Michael Hamer	<i>Henning Wulf</i>	stellv. Mitglied
AK Zins- und Schuldenmanagement	Michael Hamer	<i>Henning Wulf</i>	stellv. Mitglied
Lenkungsgruppe	Michael Hamer	<i>Henning Wulf</i>	stellv. Mitglied

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	19			19
SPD	11			11
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	5			5
AfD	5			5
WI-SE	3			3
Freie Wähler	2			2
Die Linke	2			2
Gesamt	56			56

zu 4 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.03.2020

Es liegen zwei Änderungsanträge der AfD-Fraktion vor:

Zu TOP 7 (Antrag der Jüdischen Gemeinde Segebergs zum Sicherheitsbauprojekt) beantragt Herr Flak eine erläuternde Erklärung zum Abstimmverhalten der Fraktion wie folgt:

"Die AfD-Fraktion habe sich enthalten, weil sie die vom Landrat ausgeführten rechtlichen Bedenken hinsichtlich einer Doppelförderung teile."

Zu TOP 15 (Dritter Entwurf der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans 2010 und der Teilaufstellung der Regionalpläne für die Planungsräume I bis III zur Ausweisung von Vorranggebieten mit Ausschlusswirkung für die Windenergienutzung an Land) beantragt Herr Flak die Streichung des letzten Satzes im 1. Absatzes „Nach seiner Auffassung müssten zunächst die Stromnetze entsprechend ausgebaut werden.“

Das Protokoll wird mit den beantragten Änderungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	16		3	19
SPD	11			11
B 90/ Die Grünen	8		1	9
FDP	5			5
AfD	5			5
WI-SE	2		1	3
Freie Wähler	2			2
Die Linke	2			2
Gesamt	51		5	56

zu 5 Unterkunft des Kreises Segeberg für anerkannte geflüchtete Menschen in Rohlstorf OT Warder - Verlängerung der Nutzung Vorlage: DrS/2020/076

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Die Unterkunft des Kreises Segeberg für anerkannte geflüchtete Menschen in Rohlstorf OT Warder wird abweichend vom Beschluss vom 27.09.2018 (Vorlage-Nr. DrS/2018/159) erst zum 31.07.2020 geschlossen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	19			19
SPD	11			11
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	5			5
AfD		5		5
WI-SE	3			3
Freie Wähler	2			2
Die Linke	2			2
Gesamt	51	5		56

zu 7 Auswirkungen der Corona-Krise auf die Erbringung und Finanzierung sozialer Angebote und Dienstleistungen Vorlage: DrS/2020/093

Der Landrat erläutert, dass es sich um eine Mantelvorlage handele, der vier weitere Vorlagen für die Fachausschüsse folgen würden. Es werden keine Fragen gestellt.

Beschluss:

Der Kreis Segeberg bekräftigt, in seiner Eigenschaft als kommunaler Träger der Eingliederungshilfe sowie als örtlicher Träger der Sozialhilfe bzw. der Kinder- und Jugendhilfe, die seit dem 20.03.2020 zwischen dem Land Schleswig-Holstein und den Kommunalen Landesverbänden sowie seit (voraussichtlich) dem 13.05.2020 mit den Verbänden der Leistungserbringer geeinten Kulanzregelungen zur Weitergewährung von Vergütungen an Soziale Dienstleister bis zunächst zum 31.07.2020 fortzuführen, obwohl diese aufgrund der aktuellen Corona-Pandemie weiterhin in ihrer Leistungserbringung eingeschränkt sind. Die Leistungserbringer sind ihrerseits weiterhin verpflichtet, sämtliche eigenen zur Kostenminderung beitragenden Maßnahmen umzusetzen und dies nachzuweisen.

Die Fachausschüsse werden zur Aufrechterhaltung der sozialen Angebotsstruktur angehalten, in diesem Rahmen, soweit erforderlich und unter Einhaltung des Haushaltes 2020 Beschlüsse für ihre Geschäftsbereiche zu fassen bzw. Empfehlungen an den Kreistag abzugeben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	19			19
SPD	11			11
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	5			5
AfD	5			5
WI-SE	3			3
Freie Wähler	2			2
Die Linke	2			2
Gesamt	56			56

zu 8 Verlängerung und Optimierung der Leistungsvereinbarung zwischen dem Kreis Segeberg und der Kreisjägerschaft Segeberg im Landesverband Schleswig-Holstein e. V. Vorlage: DrS/2019/326-2

Der Kreispräsident weist darauf hin, dass lediglich die Verlängerung der Leistungsvereinbarung bis 31.12.2020 zu beschließen sei. Die Vorlage sei zur inhaltlichen Beratung in der UNK rückverwiesen worden.

Beschluss:

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung, fristwahrend mit der Verlängerung der Leistungsvereinbarung vom 12.12.2014 bis zum 31.12.2020.

Die Vorlage wird zur inhaltlichen Beratung in den UNK verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	19			19
SPD	11			11
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	5			5
AfD	5			5
WI-SE	3			3
Freie Wähler	2			2
Die Linke	2			2
Gesamt	56			56

zu 9 Antrag der Fraktion AfD auf eine Coronakarte für den Kreis Segeberg Vorlage: DrS/2020/091

Herr Evermann stellt den Antrag vor und nennt als Beispiel den Kreis Rendsburg-Eckernförde, der in Abstimmung mit dem Landesdatenschutz eine Karte mit den Zahlen veröffentlicht. Er halte die Information der Bürger für sehr wichtig, damit diese eine eigene Risikoabschätzung vornehmen können.

Der Landrat macht deutlich, dass der Kreis Rendsburg-Eckernförde als einziger Kreis gegen die fachliche Meinung des Sozialministerium handele. Das Ministerium habe die Kreise angewiesen, keine Zahlen zu einzelnen Gemeinden zu veröffentlichen. Hintergrund dieser Anweisung sei, dass es in kleinen Gemeinden schnell zu Stigmatisierungen kommen könnte. Außerdem bestehe die Gefahr, dass Menschen sich nicht mehr an die Hygieneregeln halten, wenn es gerade keine infizierten Personen in ihrer Gemeinde gebe. Bei Veröffentlichung der Zahlen sei die Infizierung bereits festgestellt worden, so dass die Erkrankten sich bereits in Quarantäne befinden und keine Gefahr mehr darstellen.

Herr Ahrens verweist auf den Aufwand und die entstehenden Kosten für die Verwaltung, da die Karte täglich gepflegt werden müsse. Weiterhin seien die Zahlen nicht aussagekräftig, da eine hohe Zahl an Infizierten Personen auch in Pflegeheimen auftreten könnte, die aber gar keine Gefahr für die Bevölkerung darstelle.

Herr Flak teilt mit, dass aus Gründen der Stigmatisierung der Antrag bereits im Hauptausschuss geändert worden sei und statt aller Gemeinden nun die Zahlen für die Ämter, amtsfreien Gemeinden und Städte veröffentlicht werden sollen.

Antrag der AfD Fraktion:

Der Kreis Segeberg stellt kurzfristig und sodann fortlaufend gepflegt die aktuellen Corona-Infektionszahlen aufgeschlüsselt je Stadt, amtsfreier Gemeinde und Amt im Online-Angebot des Kreises zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		19		19
SPD		11		11
B 90/ Die Grünen		9		9
FDP		5		5
AfD	5			5
WI-SE		3		3
Freie Wähler		2		2
Die Linke		2		2
Gesamt	5	51		56

zu 10 Antrag der CDU-Fraktion zum Stoppen von Ausschreibungen sowie Planungs- und Bauaufträgen Vorlage: DrS/2020/097

Herr Roth erläutert den Antrag und teilt mit, dass es um die Überprüfung der Baumaßnahmen gehe, um künftig die vorgeschriebenen Abstandsregeln in den kreiseigenen Gebäuden gewährleisten zu können. Covid-19 stelle aus seiner Sicht eine nie dagewesene Pandemie dar, die noch sehr lange anhalten werde. Dass bei Baustopps möglicherweise Strafzahlungen zu leisten seien, müsse in Kauf genommen werden. Wenn später bauliche Veränderungen notwendig würden, würde dies ein Vielfaches teurer werden. Die Fraktion würde finanziellen Schaden abwenden wollen. Außerdem seien kaum regionale Firmen an den kreiseigenen Baustellen tätig, so dass die hiesige Wirtschaft kaum geschädigt werde, wenn Baustopps erfolgen würden.

Frau Lessing erklärt, dass sie den Antrag für kontraproduktiv halte, der die Wirtschaft nachhaltig schädige. Gerade in Zeiten von schlechter werdender Konjunktur sei die öffentliche Hand angehalten, Aufträge zu erteilen und diese nicht zurückzunehmen. Herr Köppen schließt sich der Meinung von Frau Lessing an und gibt außerdem zu bedenken, dass die Wirtschaft insgesamt geschädigt werde, wenn die Aufträge zurückgenommen werden würden. Auch wenn die beauftragten Firmen aus anderen Regionen kämen, würden diese im Kreis übernachten, Lebensmittel und vor allem Material vor Ort kaufen.

Herr Flak spricht sich ebenfalls gegen einen generellen Stopp aller Baumaßnahmen aus. Statt dessen könnten einzelne Teile geprüft werden, wie zum Beispiel die Kantine im neuen Verwaltungsgebäude in der Rosenstraße.

Herr Thedens weist auf die bestehende Raumnot in den Schulen hin, diese könnten auf keinen Fall länger auf die Anbauten warten. Auch Herr Schroeder vertritt diese Auffassung. Die Förderschulen seien ursprünglich für deutlich weniger Schüler geplant worden, so dass dort nun massive Probleme bestünden. Bund und Länder hätten bereits Konjunkturprogramme angekündigt, damit die Kommunen Investitionen tätigen und die Wirtschaft stärken. Er bittet die CDU-Fraktion, den Antrag zurückzuziehen.

Herr Hansen stellt die Frage, was denn konkret unter „Corona-Tauglichkeit“ zu verstehen sei. Menschen bräuchten in Zeiten einer Krise Ruhe, Zuversicht, Sicherheit und Verlässlichkeit. Eine durchzuführende Risikobewertung setze auch Verhältnismäßigkeit voraus, dieses sei im Antrag nicht berücksichtigt. Herr Hansen schlägt der CDU-Fraktion vor, den Antrag zurückzuziehen. Herr Weihe weist darauf hin, dass die Schweinegrippe weltweit sehr viel mehr Todesopfer gefordert habe, als es bei Covid-19 bisher der Fall sei. Er halte es nicht für sinnvoll, Gebäude pandemietauglich zu machen, da es sich immer um relativ kurze Extremsituationen handle. Auch Herr Weihe legt dem Antragsteller nahe, den Antrag zurückzuziehen.

Antrag der CDU-Fraktion:

1. alle derzeitigen Planungsaufträge und Ausschreibungen zu stoppen, um diese auf Pandemie-Tauglichkeit zu prüfen.
2. alle bereits vergebenen Bauaufträge zu stoppen, um eine mögliche Anpassung an eine Corona-Taugliche Aufführung vornehmen zu können.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	17		2	19
SPD		11		11
B 90/ Die Grünen		9		9
FDP		5		5
AfD		5		5
WI-SE		3		3
Freie Wähler		2		2
Die Linke		2		2
Gesamt	17	37	2	56

zu 11 Antrag der AfD-Fraktion auf Änderung der Geschäftsordnung des Kreises um Abstimmungen im Rahmen einer Sammeldrucksache Vorlage: DrS/2020/103

Herr Flak stellt den Antrag vor und stellt heraus, dass in die Sammelvorlage aufgenommene Vorlagen jederzeit herauslösbar seien, wenn doch noch Redebedarf bestehe. Die Abstimmung über eine große Sammelvorlage würde eine immense Zeitersparnis in den Sitzungen mit sich bringen und es würde mehr Zeit für Diskussionen zu anderen Vorlagen zur Verfügung stehen. Weiterhin würden die Sitzungen interessanter für interessierte Bürger werden.

Herr Köppen vertritt die Auffassung, dass eine Sammeldrucksache Einschränkungen mit sich bringen würde, wenn spontan noch zu einer Vorlage ein Statement abgegeben werden solle. Außerdem wären bisher auch immer alle Vorlagen in der zur Verfügung stehenden Zeit behandelt worden.

Antrag der AfD-Fraktion:

In die Geschäftsordnung des Kreistags wird folgender neuer Absatz 1a eingefügt:
„Anträge und Vorlagen, über die eine Aussprache nicht vorgesehen ist, können in eine Sammeldrucksache aufgenommen werden. Der Kreistag entscheidet in einer Gesamtabstimmung, wenn keine Abgeordnete oder kein Abgeordneter widerspricht. Bei Widerspruch ist über den betreffenden Gegenstand gesondert abzustimmen“

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		19		19
SPD		11		11
B 90/ Die Grünen		9		9
FDP		5		5
AfD	5			5
WI-SE		3		3
Freie Wähler		2		2
Die Linke		2		2
Gesamt	5	51		56

zu 12 Antrag der AfD-Fraktion auf Live-Übertragung von Kreistagssitzungen Vorlage: DrS/2020/102

Herr Flak erläutert den Antrag und führt aus, dass die Kostenkalkulation von 2015 überprüft werden solle. Er halte eine Videoübertragung für zeitgemäß und wichtig, da man mit übertragenen Bildern mehr Reichweite erzielen könne und die Verfolgung der Sitzung für den Bürger attraktiver und transparenter werde. Herr Evermann ergänzt, dass das Vorhalten einer Mediathek zeitgemäß sei, zumal dies Bürger dazu veranlassen würde, nicht persönlich zur Sitzung zu fahren, sondern diese von zu Hause aus zu verfolgen. Hierdurch könnte eine Co2 Einsparung erreicht werden.

Herr Schroeder erklärt, dass er den Antrag für veraltet halte, da alle Punkte bereits geprüft worden seien. Wenn die Gesetzgebung dem technischen Fortschritt nachkomme und die Präsenz von Abgeordneten im Sitzungsraum nicht mehr notwendig sei, werde die Bildübertragung notwendig.

Antrag der AfD-Fraktion:

1.) Der Kreistag beauftragt die Kreisverwaltung, die rechtlichen und technischen Voraussetzungen einer Live-Übertragung (Video-Stream) von Sitzungen des Kreistags und einer anschließenden Zurverfügungstellung der Videos in einer Mediathek zu prüfen sowie

2.) einen Vorschlag zur Umsetzung mit einer ersten Kostenschätzung (investiv/einmalig sowie laufend) vorzulegen.

3.) Die folgenden Punkte sollen dabei berücksichtigt werden:

- Live-Stream der Sitzungen mit der Möglichkeit für Redner, der Aufnahme zu widersprechen;
- zeitnahe Einstellung in eine Mediathek, bspw. auf der kreiseigenen Homepage oder auch auf einem bestehenden Videoportal

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		19		19
SPD		11		11
B 90/ Die Grünen		9		9
FDP		5		5
AfD	5			5
WI-SE		3		3
Freie Wähler		2		2
Die Linke		2		2
Gesamt	5	51		56

zu 13 Änderung der Hauptsatzung des Kreises Segeberg - hier: 9. Nachtragssatzung Vorlage: DrS/2020/085

Herr Evermann macht darauf aufmerksam, dass durch den zusätzlichen Punkt § 9a Abs. 1a) eine Bereitstellung der Aufnahme (Mediathek) nicht mehr möglich sei. Er beantragt deshalb, diesen Punkt zu streichen.

Antrag der AfD-Fraktion:

Der Kreistag beschließt die 9. Nachtragssatzung zur Hauptsatzung des Kreises Segeberg in der als Anlage 1 beigefügten Fassung, wobei § 9a Abs. 1a) gestrichen wird.

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		19		19
SPD		11		11
B 90/ Die Grünen		9		9
FDP		5		5
AfD	5			5
WI-SE		2	1	3
Freie Wähler		2		2
Die Linke		2		2
Gesamt	5	50	1	56

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die 9. Nachtragssatzung zur Hauptsatzung des Kreises Segeberg in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	19			19
SPD	11			11
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	5			5
AfD		5		5
WI-SE	1		2	3
Freie Wähler	2			2
Die Linke	2			2
Gesamt	49	5	2	56

zu 14 Aktuelle Fragezeit

Frau Hahn-Fricke stellt folgende Fragen bezüglich der Gefährdung von Menschen durch die Mitarbeiter des Vion-Schlachthofes an den Landrat, der direkt antwortet:

1. In Kellinghusen wurde ein Sicherheitsdienst zur Überprüfung der Einhaltung der Quarantänemaßnahmen beauftragt. Warum ist dies für die in Bad Bramstedt lebenden Mitarbeiter nicht erfolgt?
Der Landrat teilt mit, dass es sich in Kellinghusen um eine Gemeinschaftsunterkunft in der ehemaligen Kaserne handele. Der Kreis Steinburg habe diese Maßnahme verfügt. Die in Bad Bramstedt wohnhaften Mitarbeiter würden dezentral an etwa 20 Adressen wohnen, so dass dies nicht möglich gewesen sei. Die Polizei sei regelmäßig Streife gefahren, die Kassenärztliche Vereinigung habe ebenfalls unterstützt. Alle ergangenen Bescheide seien zudem auf rumänisch übersetzt worden. Außerdem seien die Betroffenen von einer Dolmetscherin angerufen worden.
2. Warum haben die Veterinäre, die täglich vor Ort waren, nicht festgestellt, dass Abstandsregelungen (z. B. auf der Fahrt zum Schlachthof) nicht eingehalten wurden?
Der Landrat erklärt, dass die Arbeiter des Schlachthofs morgens bereits vor Ort gewesen seien, als die Veterinäre ihren Dienst begonnen hätten. Die Veterinäre seien aber zwischenzeitlich bevollmächtigt, die Hygienebestimmungen zu überprüfen. Für die Transporte seien jetzt Kleinbusse im Einsatz, um Abstandsregelungen einhalten zu können.
3. Wie sollen die menschenunwürdigen Unterbringungen verbessert werden?
Hierzu klärt der Landrat auf, dass dies keine Kreisaufgabe sei und die Diskussion auf Bundesebene geführt werden müsse. Es handele sich um staatlichen Arbeitsschutz, auch die Landesregierung habe angekündigt, tätig werden zu wollen.

4. Wie schätzt der Landrat die Arbeitsbedingungen im Vion Schlachthof ein?
Laut Auskunft des Landrats habe der Betrieb in den letzten Jahren deutliche 7-stellige Beträge investiert, um die Bedingungen sowohl für die Mitarbeiter, als auch für die ankommenden Tiere zu verbessern. Der Betrieb setze lebensmittelrechtliche Vorgaben zeitnah um.
5. Hat der Kreis Vorschläge an Land und Bund bezüglich der Änderung von gesetzlichen Regelungen eingebracht?
Der Landrat teilt mit, dass keine Vorschläge unterbreitet worden seien. Das Thema sei Deutschland- und Europaweit präsent und betreffe nicht nur die Fleischindustrie, sondern auch Ernte- und Bauhelfer.

zu 15 Einwohnerfragestunde II

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

zu 17 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Beschluss zu TOP 16.1:

Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung, die Anmietung der unter a) benannten Immobilien zum nächst möglichen Zeitpunkt umzusetzen und im Rahmen der internen Prüfung und Bestimmung zu belegen. Die finanziellen Mittel stehen im Haushalt 2020 im Teilplan 1116 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		3	14	17
SPD	11			11
B 90/ Die Grünen	8			8
FDP	5			5
AfD		5		5
WI-SE			3	3
Freie Wähler			2	2
Die Linke	2			2
Gesamt	26	8	19	53

Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung, die Anmietung der unter b) benannten Immobilien zum nächst möglichen Zeitpunkt umzusetzen und im Rahmen der internen Prüfung und Bestimmung zu belegen. Die finanziellen Mittel stehen im Haushalt 2020 im Teilplan 1116 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	17			17
SPD	11			11
B 90/ Die Grünen	8			8
FDP	5			5
AfD		5		5
WI-SE			3	3
Freie Wähler	2			2
Die Linke	2			2
Gesamt	45	5	3	53

Der Kreispräsident schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Gez. Claus Peter Dieck
(Kreispräsident)

f.d.R. Frau Krüger
(Protokollführung)